

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Jörg Bode (FDP)

„Wir müssen mit dem Schlimmsten rechnen“ (Ministerin Honé, HAZ, 27.08.2018) - Welche Auswirkungen wird der sich abzeichnende ungeordnete Austritt Großbritanniens aus der EU für Niedersachsen haben?

Anfrage des Abgeordneten Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 27.08.2018

Seit Monaten zeichnet sich immer mehr ab, dass der Austritt Großbritanniens aus der EU zum 30.03.2019 als harter, ungeordneter Austritt (Brexit) erfolgen könnte. Die Landesregierung bezog bereits am 24.06.2016 Stellung zum „Brexit-Referendum“ (PM des MW, 24.06.2016) und folgerte, dass die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Schaden nehmen und es negative Auswirkungen auf Niedersachsen geben werde. Europaministerin Honé äußerte sich zu den Brexit-Verhandlungen im Dezember 2017 wie folgt: „Für uns Niedersachsen geht es vor allem um die künftigen Handelsbeziehungen, die sich unmittelbar auf die niedersächsische Wirtschaft auswirken würden - Stichwort: Automobilindustrie. Aber auch im Agrar- und Fischereibereich gibt es wichtige Fragen“ (PM der Staatskanzlei, 08.12.2017). Und weiter: „Aber auch Sicherheitsfragen wie etwa die Sicherung der Außengrenzen bis hin zur Zusammenarbeit im Hinblick auf Terrorabwehr seien von besonderer Bedeutung“ (ebenda). Laut Pressemitteilung begleitet die Landesregierung „den weiteren Fortgang des Brexit-Prozesses weiter sehr eng“ (ebenda). Zwei Jahre nach dem Referendum rechnet Europaministerin Honé nun mit dem Schlimmsten.

1. Welche Landesgesellschaften (Anteil > 50 %), Institutionen und Einrichtungen des Landes und Landesbehörden sind vom Brexit betroffen?
2. In welcher Form stellt sich die Betroffenheit jeweils dar?
3. Welche personellen Maßnahmen wären jeweils im Falle eines weichen Brexits (im Sinne der Zielrichtung der EU-Kommission) erforderlich?
4. Welche organisatorischen Maßnahmen wären jeweils im Falle eines weichen Brexits (im Sinne der Zielrichtung der EU-Kommission) erforderlich?
5. Welche baulichen bzw. logistischen Maßnahmen wären jeweils im Falle eines weichen Brexits (im Sinne der Zielrichtung der EU-Kommission) erforderlich?
6. Welche personellen Maßnahmen wären jeweils im Falle eines harten Brexits (Brexit ohne bzw. ohne rechtzeitige Vereinbarung) erforderlich?
7. Welche organisatorischen Maßnahmen wären jeweils im Falle eines harten Brexits (Brexit ohne bzw. ohne rechtzeitige Vereinbarung) erforderlich?
8. Welche baulichen bzw. logistischen Maßnahmen wären jeweils im Falle eines harten Brexits (Brexit ohne bzw. ohne rechtzeitige Vereinbarung) erforderlich?
9. Wann müsste im Falle eines weichen Brexits (im Sinne der Zielrichtung der EU-Kommission) jeweils mit den Maßnahmen begonnen werden, damit diese am 30.03.2019 umgesetzt sind und greifen?
10. Wann müsste im Falle eines harten Brexits (Brexit ohne bzw. ohne rechtzeitige Vereinbarung) jeweils mit den Maßnahmen begonnen werden, damit diese am 30.03.2019 umgesetzt sind und greifen?
11. Was hat die Landesregierung in den vergangenen zwei Jahren unternommen, um die betroffenen Landesgesellschaften (Anteil > 50 %), Institutionen und Einrichtungen des Landes und Landesbehörden auf die Folgen/Auswirkungen des sich abzeichnenden Brexits vorzubereiten?

12. Welche Investitionen (Art und Höhe) und Maßnahmen sind zur Vorbereitung des sich abzeichnenden Brexits durch das Land bisher erfolgt?
13. Welche Investitionen (Art und Höhe) und Maßnahmen sind zur Vorbereitung auf den sich abzeichnenden Brexit durch das Land bis wann noch geplant?
14. Ist das Land mit seinen vom sich abzeichnenden Brexit betroffenen Landesgesellschaften (Anteil > 50 %), Institutionen und Einrichtungen des Landes und Landesbehörden ausreichend vorbereitet, oder wird es bis zum 29.03.2019 ausreichend vorbereitet sein?
15. Welche Maßnahmen (baulich, personell, institutionell etc.) sind für die künftige Abwicklung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Großbritannien und Niedersachsen wo und wann im Land erforderlich/geplant?
16. Aus welchen Gründen muss Niedersachsen beim bevorstehenden Brexit „mit dem Schlimmsten rechnen“ (Ministerin Honé, HAZ, 27.08.2018)?

(Verteilt am 30.08.2018)